Am Wochenende präsentieren wir Ihnen einen Überblick über die lesenswertesten Beiträge, die wir im Laufe der vergangenen Woche in unseren Hinweisen des Tages für Sie gesammelt haben. Nehmen Sie sich ruhig auch die Zeit, unsere werktägliche Auswahl der Hinweise des Tages anzuschauen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Deutsche „Russophrenie": Plädoyer für einen wertebasierten Realismus
2. Die Schlafwandler
3. Neuer Name für Europas Aufrüstungspläne nach Kritik
4. Tod und Terror im Nahen Osten
5. Sparen ist das Problem, Schulden sind die Lösung
6. Demokratie-Demontage
7. Alternative Fakten – geht's noch blöder? „Millionen Deutsche sabotieren ihre Rente"
8. Armut in Deutschland: Human Rights Watch kritisiert deutsches Sozialsystem
9. Musk, Zuckerberg, Döpfner – Wie digitale Monopole die Demokratie bedrohen und wie könnte eine demokratische Alternative dazu aussehen?
10. Versagt der Staat beim Rückholen der Gelder?

Vorbemerkung: *Ursprünglich hatten wir geplant, in unserer Wochenübersicht auch auf die lohnenswertesten redaktionellen Beiträge der NachDenkSeiten zu verweisen. Wir haben jedoch schnell festgestellt, dass eine dafür nötige Vorauswahl immer damit verbunden ist, Ihnen wichtige Beiträge vorzuenthalten. Daher möchten wir Ihnen raten, am Wochenende doch einfach die Zeit zu nutzen, um sich unsere Beiträge der letzten Wochen (noch einmal) anzuschauen. Vielleicht finden Sie dabei ja noch den einen oder anderen Artikel, den es sich zu lesen lohnt. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Deutsche „Russophrenie": Plädoyer für einen wertebasierten Realismus**
   In der Debatte über den Ukrainekrieg leiten Pazifisten und Moralbellizisten ihre Handlungsmaximen gleichermaßen aus historischen Analogien und normativen Prinzipien ab. Die Überzeugungen mögen andere sein, die philosophische Wurzel aber ist dieselbe: der deutsche Idealismus. […]
   Allerdings leiden die Pazifisten unter Russophrenie. Einerseits sei Russland als

Atommacht unbesiegbar – eine Realität, mit der man sich arrangieren müsse. Andererseits sei ein Russland, das sich nach drei Jahren Krieg nicht gegen die kleine Ukraine durchsetzen kann, keine Bedrohung für ein bereits heute bis an die Zähne bewaffnetes Europa. Deshalb müsse die Hochrüstungsorgie Europas verhindert werden, bevor sie den sozialen Frieden im Inneren und den Weltfrieden im Äußeren zerstört. […]
Auch die Moralbellizisten leiden unter Russophrenie: Russland sei einerseits so schwach, dass es bei einem ukrainischen Sieg zerbreche; andererseits so stark, dass es Europa bis nach Lissabon überrennen könne.
Quelle: Cicero

Anmerkung André Tautenhahn: *Der Text ist im analytischen Teil interessant, der Begriff des „wertebasierten Realismus“ aber überhaupt nicht überzeugend. Die Neuausrichtung des geopolitischen Kurses Europas könne nur aus der Perspektive einer Denkschule erfolgen, die ihre Handlungsmaximen nicht aus moralischen Prinzipien, sondern aus der Analyse von Kräfteverhältnissen ableitet, schreibt der Autor, um dann vollkommen unrealistische Dinge vorzuschlagen, wie eine europäische Aufrüstung mit dem Ziel der gegenseitigen Abschreckung. Wie soll das funktionieren, wenn man in Sachen Bewaffnung gerade von den Mächten abhängig ist, die erfolgreich ihre Einflusszonen abstecken? Über die Fernabschaltung von Waffen ist schon berichtet worden, auch wenn die Regierung das bereits dementiert hat, was nicht verwunderlich ist, weil man doch sonst kaum erklären könnte, warum man Milliarden dafür ausgibt. Aber es kommt ja noch doller. Da die Produktion von Salpetersäure nach China ausgelagert wurde, fehlt es sogar am Schießpulver. Der hier skizzierte „wertebasierte Realismus“ kommt also selbst kaum über die kritisierte Form des Idealismus hinaus.*

dazu auch: **„Amerikanische Waffen vermeiden“**
Die Debatte um einen möglichen Ausstieg aus der Beschaffung des US-Kampfjets F-35 in Deutschland und in anderen Staaten Europas spitzt sich zu. Hintergrund ist, dass der Jet nur mit Zustimmung der US-Regierung eingesetzt werden kann und Knebelbestimmungen etwa in puncto Ersatzteile und Software es unmöglich machen, bei militärischen Operationen mit der F-35 aus der Abhängigkeit von den USA auszubrechen. Ein konservativer Parlamentsabgeordneter aus Dänemark warnt, die Trump-Administration könne die dänischen F-35 durch die Verweigerung von Wartung und Ersatzteilen lahmlegen und Kopenhagen damit zum Verzicht auf Grönland zu nötigen suchen. Portugal denkt bereits darüber nach, anstelle des US-Kampfjets ein anderes Flugzeug zu beschaffen. In Frage käme die französische Rafale. Deren

Hersteller Dassault Aviation hofft jetzt auf Milliardengeschäfte. In Berlin dringen insbesondere überzeugte Transatlantiker darauf, aus der F-35-Beschaffung auszusteigen, um militärische Unabhängigkeit zu erreichen. Für die nukleare Teilhabe, in deren Rahmen deutsche Jets US-Atombomben abwürfen, ist keine Alternative zur F-35 in Sicht. Allerdings steht auch die nukleare Teilhabe zur Debatte.
Quelle: German Foreign Policy

und: **„Politisches Theater“: Militärs lehnen Ukraine-Koalition der Willigen ab – Bericht**
Frankreich und Großbritannien treiben die Abstimmung über eine „Koalition der Willigen“ für die Ukraine weiter voran. Doch es werden Zweifel laut.
Quelle: Berliner Zeitung

2. **Die Schlafwandler**
In Deutschland grassieren Ängste vor einer Ausweitung des Ukrainekriegs — die meisten unserer Landsleute reagieren allerdings apathisch. Teil 1 von 2.
61 Prozent der Bundesbürger äußerten im Februar 2024 einer Umfrage des INSA-Instituts zufolge die Befürchtung, der Ukrainekrieg könne sich auf NATO-Gebiet ausweiten. Und laut einer aktuellen INSA-Umfrage vom 11. März 2025 hält es die Hälfte der jungen Deutschen zwischen 18 und 39 Jahren gar für „wahrscheinlich, dass Deutschland in den nächsten zehn Jahren Krieg führen wird“. Warum aber bleibt diese allgemeine unterschwellige Unruhe stumm und, im Gegensatz zu den 1980er-Jahren, auf der Handlungsebene weitestgehend folgenlos? Darüber hielt der Autor am 13. März 2025 einen Vortrag an der Volkshochschule Osnabrück, den wir in zwei Teilen dokumentieren.
Quelle: Leo Ensel auf Manova

dazu auch: **Die Weltpolitik ist kein Spielfeld für Moral**
Weltpolitik ist kein Spielfeld für die Moral. Das ist knallharte Interessenpolitik und das muss es aus meiner Sicht auch sein. Wenn die USA sagen, wir halten uns gegenüber Russland die Türe offen, um im Zweifel ins Gespräch zu kommen, dann können wir das in Europa unmoralisch finden. Aber es verhindert keinen einzigen Tod. […]
Ich habe absolut nichts dagegen, in einer Resolution Putin völkerrechtlich als Aggressor festzuhalten. Das ist völlig richtig. Nur ist danach der Krieg halt noch nicht zu Ende. […]
Auch innenpolitisch bestehen Demokratien darin, dass man Interessen klar formuliert. Und nicht, dass man moralische Positionen gegeneinanderstellt. Frieden lässt sich nicht dadurch herstellen, dass man die Welt in Gut und Böse unterteilt.

Quelle: SRF

und: **Ohne Russland kein Frieden in Europa**
Der Osteuropa-Experte Alexander Rahr stellt fest, dass Deutschland in der Welt und Europa nicht mehr die erste Geige spielt. Im Interview erklärt er, was er von dem Amtseintritt von Donald Trump und der neuen Regierung Deutschlands erwartet, wie er die Chancen auf einen Frieden in der Ukraine einschätzt und wie eine gesamteuropäische Sicherheitsordnung einschließlich Russlands möglich sein könnte. Mit Alexander Rahr sprach ÉVA PÉLI.
HINTERGRUND Donald Trump ist erneut als US-Präsident vereidigt worden. Er hat ein baldiges Ende des Krieges in der Ukraine angekündigt. Was erwarten Sie von ihm in dem Zusammenhang?
ALEXANDER RAHR Ich denke, eine seiner ersten Betätigungen im Amt des US-Präsidenten wird sein, ernsthaft zu versuchen, den Krieg in der Ukraine zu beenden. Warum? Die US-Amerikaner stellen sich auf einen langjährigen, sehr schwierigen und vielleicht hochgefährlichen Konflikt mit China ein. Die Chinesen sind die wahren Konkurrenten der USA, nicht die Russen. Russland wird eine militärische Supermacht bleiben, aber wirtschaftlich wird es die Vereinigten Staaten nicht herausfordern können, China schon.
Quelle: Hintergrund

3. **Neuer Name für Europas Aufrüstungspläne nach Kritik**
Nach Kritik vor allem aus Spanien und Italien wird der „Plan zur Wiederaufrüstung Europas“ („ReArm Europe“) von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen umbenannt. „Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass der Name als solcher in einigen Mitgliedsstaaten gewisse Empfindlichkeiten auslösen könnte“, sagte Kommissionssprecherin Paula Pinho gestern in Brüssel.
„Wenn es dadurch schwieriger wird, allen Bürgern in der EU die Notwendigkeit dieser Maßnahmen zu vermitteln, dann sind wir natürlich alle bereit, nicht nur zuzuhören, sondern das auch in unserer Kommunikation zu berücksichtigen“, sagte Pinho. (…)
Das Paket solle nun unter dem Namen „Readiness 2030“ firmieren, um zu unterstreichen, dass die EU bis zum Ende des Jahrzehnts bereit für die neuen Herausforderungen sein soll. (…)
Zu dem Namen hatte der spanische Ministerpräsident Pedro Sanchez auf dem EU-Gipfel in Brüssel gesagt: „Ich mag den Begriff Aufrüstung nicht.“ Die Europäische Union sei ein „politisches Projekt“, kein militärisches. „Ich denke, dass ‚ReArm Europe‘ ein irreführender Name für die Bürger ist“, kritisierte auch Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni.

Quelle: ORF.at

dazu: **Von der Leyen streicht die "Wiederbewaffnung" (auf dem Papier)**
Nach Protest aus Italien und Spanien hat EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen ihre Aufrüstungs-Pläne umbenannt. Sie streicht ihre bisherige Lieblingsformel "ReArm EUrope" (Wiederbewaffnung in Europa) und spricht fortan nur noch von "Readiness 2030" – also (militärische) Bereitschaft 2030. Zuvor hatte der spanische Premier Sanchez beim EU-Gipfel lautstark Kritik angemeldet. "Ich mag den Begriff wiederbewaffnen nicht", sagte er. Italiens Regierungschefin Meloni forderte, nicht nur von Waffen, sondern auch von (ziviler) Infrastruktur zu sprechen. Das lehnt aber "Verteidigungskommissar" Kubilius ab. Also wird einfach alles neu verpackt.
Quelle: Lost in Europe

dazu auch: **Gastbeitrag von Wolfgang Richter: Schürt unnötig Putin-Panik: Alarm-Aussage zu „letztem Friedenssommer" ist überzogen**
Sönke Neitzels Aussagen zu einem bevorstehenden Krieg mit Russland sind überzogen. Moskau fehlt es an militärischer Stärke und Absichten für einen Angriff. Statt Panik zu schüren, braucht es Diplomatie für Sicherheit.
Sönke Neitzels Aussagen zu einem bevorstehenden Krieg mit Russland (womöglich jetzt „letzter Friedenssommer") sind völlig überzogen und unverantwortlich, denn sie verunsichern die Bevölkerung und schüren Kriegspanik. Sie entbehren einer nüchternen Analyse der militärischen Fähigkeiten und politischen Absichten Moskaus.
Quelle: Focus Online

und: **Wir haben aufgerüstet- auch sprachlich**
Eine halbe Billion Euro fürs Militärische, vielleicht sogar mehr. Der Jubel ist groß. Als hätten einige Medien nur darauf gewartet, dass Deutschland mal wieder aufrüstet, Panzer und Drohnen kauft, sündteures Fluggerät, Raketen, dass wir davon sprechen, unter dem französischen Atomschirm Schutz zu suchen oder dem britischen, weil Trump uns den amerikanischen zu entziehen droht. Wir reden davon, als handele es sich um einen Sonnen- oder Regenschirm. Ja, die Bellizisten sind am Werk, sie nutzen die Situation aus, um sprachlich aufzurüsten.
Quelle: Blog der Republik

4. **Tod und Terror im Nahen Osten**
   a. **Schweigen ist nicht neutral**
      Die Bundesrepublik unterstützt den Staat Israel im Gazakrieg. Dabei missachtet sie internationales Völkerrecht und unterdrückt Kritik.
      Quelle: taz

b. **Genozid im Livestream: Die kollektive Schuld des Schweigens**
Die Bilder aus Gaza lassen niemanden kalt: ausgebombte Krankenhäuser, ausgehungerte Kinder, Menschen, die zwischen Trümmern nach ihren Angehörigen suchen. In dieser Situation muss Klartext gesprochen werden – auch wenn es unbequem ist.
Als Vertreterin von Amnesty International kann und will ich nicht schweigen angesichts dessen, was vor den Augen der Weltöffentlichkeit geschieht. Es ist Zeit, die Situation und die sich daraus ergebenden rechtlichen Konsequenzen ohne Beschönigung zu benennen.
Nennen wir die Dinge beim Namen: Was in Gaza passiert, erfüllt mehrere Kriterien der UN-Völkermordkonvention. Diese spricht von Handlungen, „die in der Absicht begangen werden, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören."
Quelle: etos.media

c. **The Last Chapter of the Genocide**
Israel has begun the final stage of its genocide. The Palestinians will be forced to choose between death or deportation. There are no other options.
This is the last chapter of the genocide. It is the final, blood-soaked push to drive the Palestinians from Gaza. No food. No medicine. No shelter. No clean water. No electricity. Israel is swiftly turning Gaza into a Dantesque cauldron of human misery where Palestinians are being killed in their hundreds and soon, again, in their thousands and tens of thousands, or they will be forced out never to return.
Quelle: The Chris Hedges Report

d. **Hossam Shabat's Last Article**
Filed hours before his killing in an Israeli airstrike, journalist Hossam Shabat describes the resumption of Israel's scorched earth campaign in his hometown of Beit Hanoun.
Quelle: Drop Site News

dazu auch: **Stellt gezielte Tötung von Journalisten durch Israel für Bundesregierung ein Kriegsverbrechen dar?**
Quelle: NachDenkSeiten

e. **Die Front gegen Palästina – die Menschen im Visier**
Unter dem Titel „Israel verwüstet seine Nachbarn an sieben Fronten" ist Karin Leukefeld an einem mehrteiligen Bericht über die Situation in Palästina und den umliegenden Ländern. Aus aktuellem Anlass schiebt sie aber einen Zwischenbericht ein. Die Drohungen der Regierung unter Benjamin Netanyahu

gegen die Bevölkerung im Gaza-Streifen sind härter denn je. Und die USA schauen nicht nur zu, sie helfen Israel weiter!
Quelle: Karin Leukefeld auf Globalbridge

5. **Sparen ist das Problem, Schulden sind die Lösung**
In der aktuellen Debatte um die staatlichen Schulden liegen praktisch alle Experten falsch, weil sie die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge, ohne die man staatliche Schulden weder erklären noch rechtfertigen kann, einfach außen vor lassen. Fast alle, auch die scheinbar aufgeklärten, sind in der einen oder anderen Weise schwäbische Hausfrauen geblieben. Wirklich schön herausgearbeitet hat das ausgerechnet eine Redakteurin der Süddeutschen Zeitung. Kerstin Bund glaubt zwar, sich von der Logik schwäbischen Hausfrau zu emanzipieren, es gelingt ihr aber nicht.
Laut Kerstin Bund betrat die schwäbische Hausfrau die Weltbühne, als Angela Merkel sie 2008 zur Ikone des gesunden Menschenverstandes ausrief. Damit liegt sie nur um etwa 250 Jahre falsch. Die schwäbische Hausfrau war früher nämlich eine schottische Hausfrau, weil schon von Adam Smith das Sparen als eine der wichtigsten Tugenden entdeckt wurde.
Quelle: Heiner Flassbeck auf Relevante Ökonomik
6. **Demokratie-Demontage**
Stell dir vor, direkt vor unseren Augen wird die Demokratie demontiert und keiner bekommt es mit.
Eine Grundgesetzänderung und Hunderte Milliarden für Aufrüstung und Infrastruktur könnte man durchaus als ein wichtiges Thema betrachten. Es darf aber nicht geschehen, dass bei diesen Debatten, wie nebenbei die Grundelemente der Demokratie missachtet und geschliffen werden. Und dies wiederum ohne Diskussion, was uns zeigt, wo wir mittlerweile stehen. Die seit 15 Jahren postulierte Postdemokratie ist längst erreicht, doch wir gehen blind und taub davon aus, dass hier doch alles noch in bester demokratischer Ordnung geregelt wird. (…)
„Vor über 15 Jahren bescheinigte Colin Crouch uns die Postdemokratie, eine aufrechterhaltene, demokratische Fassade mit freien Wahlen. Dahinter eine schleichende Demontage, zerfallende Diskurs- und Resonanzräume, zu Wahlvereinen degradierte Parteien und übermächtige Profitlobbys. Seitdem haben Soziologen und Politikwissenschaftler den westlichen Demokratien immer wieder attestiert, in einer tiefen Krise zu stecken. Aber auch nach so vielen Jahren bleibt es eine Diskussion unter Fachleuten, die Politik, ein großer Teil der Medien zeigt sich unbeeindruckt, ignoriert den Zustand, der uns letztendlich alle betrifft.
Quelle: Marco Bülow in Overton Magazin
7. **Alternative Fakten – geht’s noch blöder? „Millionen Deutsche sabotieren ihre Rente“**

Die Selbst-Saboteure werden im t-online-Artikel genau benannt: Es sind Frauen die, gegen jede Vernunft, nicht für ihre Altersvorsorge sparen. Die Rentenlücke gegenüber den Männern betrage im Durchschnitt 400 Euro im Monat. Der Grund dafür: „Frauen verdienen im Schnitt weniger, unterbrechen ihre Erwerbszeit häufiger für Kinder oder Pflege und arbeiten öfter Teilzeit“.
Das ist messerscharf und richtig analysiert. Die unglaubliche Lösung des Problems: Von ihrem viel geringeren Einkommen müssten die Frauen viel mehr für private Altersvorsorge abzwacken. So kommt man trotz Armut zu Reichtum? Das ist Sabotage an dem gesunden Menschenverstand. Die Unterschiede zwischen Unvermögen und Dummheit sind bei manchen Journalisten kaum noch aufzulösen.
Der t-online Artikel basiert auf Veröffentlichungen des Portals „Finanztip“. Bereits vierzehn Tage vorher hatte die Tagesschau24-Redaktion getitelt:
„Die Eine-Million-Euro-Rentenlücke“ (ARD-Tagesschau24, 20.02.25)
Tagesschau24 spendierte dem Portal „Finanztip“ über sechs Minuten Sendezeit zum Thema Rente. Nach eigenen Angaben stellt „Finanztip“ „Informationen für Verbraucherinnen und Verbraucher ins Netz“. Doch unabhängig ist es nicht. 2019 wurde „Finanztip“ vom OLG Dresden wegen Schleichwerbung und Irreführung der Verbraucher verurteilt.
Das ist für die Tagesschau-Redaktion anscheinend kein Problem.
Quelle: RentenZukunft

8. **Armut in Deutschland: Human Rights Watch kritisiert deutsches Sozialsystem**
In einem Bericht fordert die Organisation die künftige Regierung auf, ihren verfassungs- und menschenrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen.
Die internationale Nichtregierungsorganisation Human Rights Watch prangert in einem am Montag veröffentlichten Bericht gravierende Missstände im deutschen Sozialsystem an. Viele Menschen in Deutschland seien „in einem Ausmaß von Armut betroffen, das ihre Menschenrechte verletzt“, heißt es darin. […]
Dem Bericht zufolge sind die Zahlen der von Armut Betroffenen in den letzten 20 Jahren in Deutschland „erheblich gestiegen“. Und das, obwohl Deutschland weltweit die drittgrößte Volkswirtschaft ist. Jeder siebte Mensch sei von Armut betroffen. Das sind gut 12 Millionen Menschen. Alleinerziehende, Kinder und Menschen ab 65 Jahren treffe es besonders. Zudem sei ein starker Geschlechterunterschied erkennbar. Durch die Benachteiligung von Frauen in der Arbeitswelt, seien sie auch im Alter überproportional von Armut betroffen.
Quelle: taz
9. **Musk, Zuckerberg, Döpfner – Wie digitale Monopole die Demokratie bedrohen und wie könnte eine demokratische Alternative dazu aussehen?**
Die Tech-Milliardäre Musk (Tesla, X,xAI) Zuckerberg (Meta), Bezos (Amazon) oder

Pichai (Alphabet) sind nicht Spielball der Märkte, sondern umgekehrt sind die Märkte Spielball der Tech-Oligopolisten geworden.
Google setzt jährlich gut 280 Milliarden Dollar um, Amazon sogar über 500 Milliarden. (Zum Vergleich: Der Bundeshaushalt 2024 liegt bei etwas über 476 Milliarden). Mit einer Marktkapitalisierung in Höhe von knapp 12 Billionen Euro gehören Big- Tech-Unternehmen zu den zehn größten Unternehmen der Welt. Die Big Five, also Google, Amazon, Meta, Apple und Microsoft, übertrafen das Gesamtkapital aller DAX 40 Unternehmen zusammen um das Sechsfache. Unter den zehn reichsten Menschen der Welt sind fünf Tech-Milliardäre.
Trotz ihrer riesigen Gewinne gehören diese bestverdienenden Konzerne mit zu den schlechtesten Steuerzahlern in Deutschland. Die Konzerne verschieben ihre Gewinne und verbuchen nur einen sehr kleinen Teil bei uns.
Quelle: Wolfgang Lieb in Blog der Republik

dazu: **Krieg der 13 Milliardäre: Wie die Trump-Regierung den modernen Staat zerschlagen will**
Kürzungsorgien, Attacken auf Andersdenkende, Gestapo-artige Abschiebungen: Das alles folgt einem Plan. Über den Versuch eines radikal-konservativen Coups.
Donald Trump ist seit zwei Monaten im Amt. Anders als in seiner ersten Amtszeit als US-Präsident, agieren er und sein Apparat diesmal mit einer klaren politischen Mission.
Sie wurzelt in einem frontalen und systematischen Angriff auf die Demokratie und den modernen Staat. Die Blaupause dafür ist das sogenannte Project 2025, ein Regierungsprogramm, das von der christlich-konservativen Heritage Foundation erstellt wurde. Auf 922 Seiten wird darin ein Plan entworfen, wie die USA nach radikal rechten Vorstellungen umgebaut werden sollen.
Quelle: Telepolis

10. **Versagt der Staat beim Rückholen der Gelder?**
Rund 40 Milliarden Euro Schaden sind durch Cum-Cum- und Cum-Ex-Geschäfte entstanden. Geld, das der Staat zurückholen könnte. Warum kommen die Ermittlungen so schleppend voran?
Der Moment am Freitagvormittag war historisch. Der Bundesrat stimmt für ein gigantisches Schuldenpaket, um die Bundeswehr aufzurüsten und die Infrastruktur im Land zu erneuern. Es könnten deutlich weniger Schulden sein, wenn ein gigantischer Steuerbetrug aufgeklärt würde.
So soll dem Staat allein durch Cum-Ex- und Cum-Cum-Geschäfte etwa ein Schaden in Höhe von 40 Milliarden Euro entstanden sein, schätzt Anne Brorhilker von der

Bürgerintiative Finanzwende in einem ZDF-Interview. Eine Summe, die der Staat zurückfordern könnte, wenn er denn seine Hausaufgaben machte. Doch genau an dieser Stelle hakt es.
Quelle: ZDF

dazu: **“Die Affäre Cum-Ex”: Starke Serie um Steuerskandal in ZDF-Mediathek**
Ein Höhepunkt im diesjährigen Fernsehprogramm ist die ZDF-Serie “Die Affäre Cum-Ex” von Showrunner Jan Schomburg. Der Hamburger Schauspieler Justus von Dohnányi spielt einen Steueranwalt. Die acht Folgen stehen ein Jahr in der ZDF Mediathek.
Quelle: NDR